



Öffentliche Schulden im 3. Quartal 2025 um 2,1 % höher als im Vorquartal

Das Statistische Bundesamt (Destatis) hat am 21.01.2026 die Zahlen zur Entwicklung der Verschuldung des Öffentlichen Gesamthaushalts¹ veröffentlicht. Die Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushalts beim nicht-öffentlichen Bereich² ist im 3. Quartal um 2,1 % bzw. 54,8 Mrd. Euro gegenüber dem Vorquartal auf 2.608,8 Mrd. Euro angewachsen.

Beim **Bund** stiegen die Schulden zum Ende des 3. Quartals 2025 gegenüber dem Vorquartal um 44,0 Mrd. Euro (+2,5 %) auf 1.808,4 Mrd. Euro. Unter anderem erhöhte das „Sondervermögen Bundeswehr“ seine Verschuldung um 17,4 % oder 4,9 Mrd. Euro auf 33,2 Mrd. Euro.

Die **Länder** waren zum Ende des 3. Quartals 2025 mit 613,9 Mrd. Euro verschuldet, dies entspricht einem Zuwachs um 4,1 Mrd. Euro (+0,7 %) gegenüber dem Vorquartal.

Der stärkste Schuldenanstieg gegenüber dem Vorquartal wurde für Baden-Württemberg mit +8,7 % ermittelt. Auch in Hessen (+2,8 %) und Brandenburg (+2,5 %) stiegen die Schulden. In Baden-Württemberg ergibt sich der Zuwachs unter anderem aufgrund einer Kapitalerhöhung beim Energieversorger „EnBW Energie Baden-Württemberg AG“. In Hessen ist jeweils im 3. Quartal eines Jahres die letzte Möglichkeit, für das aktuelle Haushaltsjahr großvolumige Kredite am Kapitalmarkt aufzunehmen. In Brandenburg wurde eine größere Anleihe ausgegeben. Prozentual am stärksten gegenüber dem Vorquartal sanken die Schulden in Niedersachsen (-3,6 %), im Saarland (-3,1 %) und in Schleswig-Holstein (-2,8 %). In Niedersachsen wurden keine neuen Kredite im aktuellen Quartal aufgenommen, es fanden aber höhere Tilgungen statt. Beim Land *Sachsen-Anhalt* wuchs die Verschuldung aus Kreditmarkt- und Kassenkrediten von 23,336 Mrd. Euro zum 30.06.2025 um 332 Mio. Euro (+1,4 %) auf 23,668 Mrd. Euro zum 30.09.2025.

Bei den **Gemeinden und Gemeindeverbänden** fiel der prozentuale Schuldenaufwuchs erneut am höchsten aus. Hier nahm die Verschuldung zum Ende des 3. Quartals 2025 gegenüber dem Vorquartal um 6,7 Mrd. Euro (+3,7 %) zu. Insgesamt waren die kommunalen Kern- und Extrahaushalte zum 30.09.2025 mit 186,5 Mrd. Euro verschuldet. Innerhalb eines Jahres sind die kommunalen Schulden damit um 23,2 Mrd. Euro angestiegen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt, dass den höchsten prozentualen Schuldenanstieg gegenüber dem Vorquartal die Gemeinden und Gemeindeverbände in Baden-Württemberg (+13,0 %) aufwiesen, gefolgt von Bayern (+5,3 %), Mecklenburg-Vorpommern (+4,4 %) und Sachsen-Anhalt (+3,5 %). In Baden-Württemberg ist der Zuwachs ebenfalls auf die Kapitalerhöhung beim Energieversorger „EnBW Energie Baden-Württemberg AG“ zurückzuführen. Einen Rückgang der Verschuldung gab es wie schon im 1. und 2. Quartal 2025 lediglich in Thüringen (diesmal -2,1 %).

¹ Zum Öffentlichen Gesamthaushalt zählen die Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie der Sozialversicherung einschließlich aller Extrahaushalte.

² Zum nicht-öffentlichen Bereich gehören Kreditinstitute sowie der sonstige inländische und ausländische Bereich, zum Beispiel private Unternehmen im In- und Ausland.

Gemeinden, Gemeindeverbände	Insgesamt am 30.09.2025 in Millionen Euro	Insgesamt am 30.06.2025 in Millionen Euro	Insgesamt am 30.09.2024 in Millionen Euro	Veränderung gegenüber 30.06.2025 in Prozent	Veränderung gegenüber 30.09.2024 in Prozent
Insgesamt	186 506	179 839	163 317	3,71	14,20
Baden-Württemberg	16 791	14 855	13 723	13,03	22,35
Bayern	24 558	23 331	20 629	5,26	19,04
Brandenburg	1 625	1 615	1 463	0,62	11,07
Hessen	20 090	19 620	18 148	2,39	10,70
Mecklenburg-Vorpommern	2 391	2 291	2 110	4,35	13,29
Niedersachsen	21 446	20 753	17 993	3,34	19,19
Nordrhein-Westfalen	69 147	67 676	61 401	2,17	12,61
Rheinland-Pfalz	11 277	10 939	10 605	3,09	6,34
Saarland	2 897	2 888	2 817	0,33	2,87
Sachsen	3 932	3 804	3 433	3,36	14,53
Sachsen-Anhalt	3 868	3 738	3 501	3,48	10,47
Schleswig-Holstein	6 709	6 515	5 632	2,97	19,13
Thüringen	1 777	1 814	1 862	-2,08	-4,58

Quelle: © Statistisches Bundesamt (Destatis), 2026

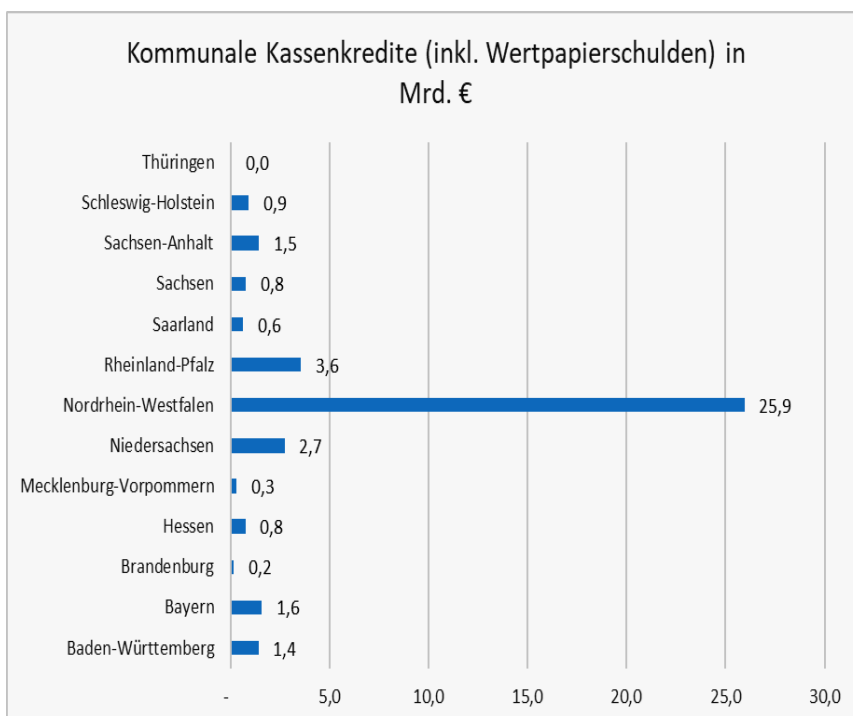
Die kommunale **Kassenkreditverschuldung** beim nicht öffentlichen Bereich liegt bei 37,7 Mrd. Euro. Damit sind die Kassenkredite innerhalb nur eines Jahres um 5,3 Mrd. Euro (+16,5 %) aufgewachsen. Auf die Gemeinden und Gemeindeverbände in Sachsen-Anhalt entfallen 1,452 Mrd. Euro, was gegenüber dem 2. Quartal 2025 (1,396 Mrd. Euro) einen Anstieg um 56 Mio. Euro (+4,0 %) und gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresquartal (1,343 Mrd. Euro) einen Anstieg um 109 Mio. Euro (+8,1 %) darstellt.

Art der Schulden	Körperschaftsgruppe	Haushaltstyp	Insgesamt	Länder / Gemeinden/Gemeindeverbände
				Sachsen-Anhalt
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich, Millionen EUR				
Kassenkredite	Land	Kernhaushalte	4 365	652
		Extrahaushalte	923	6
		Zusammen	5 289	658
	Gem./Gv.	Kernhaushalte	36 253	1 446
		Extrahaushalte	1 432	7
		Zusammen	37 685	1 452
	Insgesamt	Kernhaushalte	40 618	2 097
		Extrahaushalte	2 356	12
		Zusammen	42 974	2 110
Kredite	Land	Kernhaushalte	127 739	7 858
		Extrahaushalte	23 851	9
		Zusammen	151 590	7 867
	Gem./Gv.	Kernhaushalte	117 908	2 061
		Extrahaushalte	28 295	354
		Zusammen	146 203	2 416
	Insgesamt	Kernhaushalte	245 647	9 919
		Extrahaushalte	52 146	363
		Zusammen	297 793	10 282

Quelle: © Statistisches Bundesamt (Destatis), 2026

In dem vorherigen Ausschnitt aus der Bundesstatistik nicht mit erfasst sind die sogenannten kommunalen Wertpapiersschulden, die sich bundesweit auf 2,618 Mrd. Euro belaufen, dabei aber nur bei Kommune in den Ländern Nordrhein-Westfalen (1,956 Mrd. Euro), Bayern (0,421 Mrd. Euro), Rheinland-Pfalz (0,150 Mrd. Euro) und Niedersachsen (0,095 Mrd. Euro) anfallen.

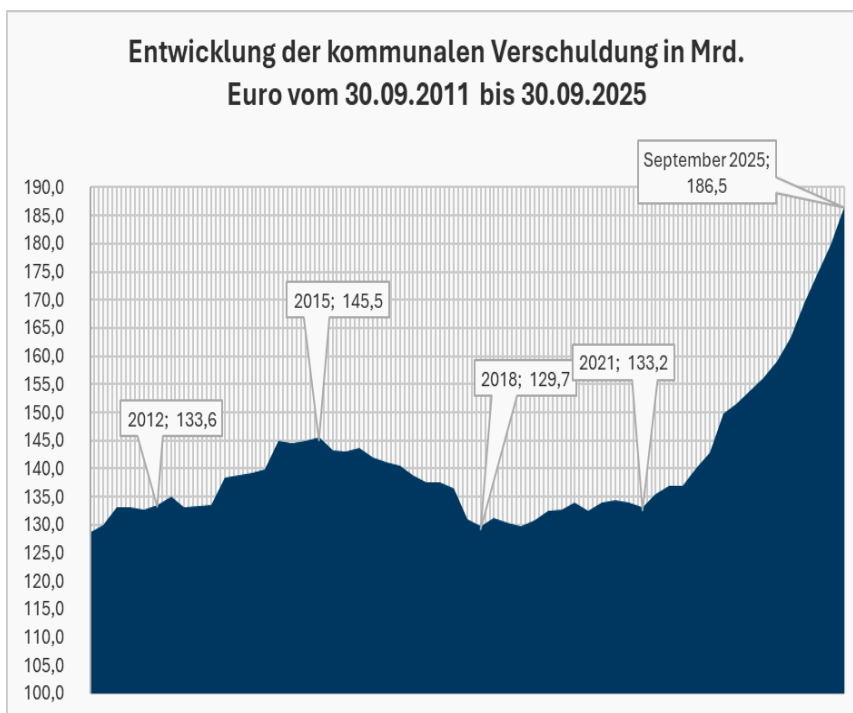
Die nachfolgende Grafik des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) beinhaltet eine Betrachtung der kommunalen Kassenkreditverschuldung und der Wertpapierverschuldung im bundesweiten Vergleich.



Quelle: DStGB-Aktuell 0426 vom 23.01.2026

Anmerkung:

Der DStGB betont, dass infolge einer immer dramatischeren strukturellen Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden die Verschuldung immer rasanter ansteigt. Dies zeigt sich auch in den aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes, wonach die Kommunen zum 30.09.2025 mit insgesamt 186,5 Mrd. Euro verschuldet waren. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Verschuldung um 23,3 Mrd. Euro zu. Reserven aus finanziell besseren Zeiten sind vielerorts aufgebraucht. Angesichts von jährlichen Defiziten von über 25 Mrd. Euro wird die Verschuldungsspirale daher weiter an Dynamik gewinnen.



Quelle: DStGB-Aktuell 0426 vom 23.01.2026

Wesentlich für die strukturelle Unterfinanzierung ist die Entwicklung bei den Ausgaben für soziale Leistungen, allen voran sind hier die Eingliederungshilfe, die Kinder- und Jugendhilfe sowie die Hilfe zur Pflege zu nennen. Neben der allgemeinen Inflation schlagen hier bundgesetzlich beschlossene Ausweitungen der Leistungen sowie der Anspruchsberechtigten durch. Das kommt alles nicht kurzfristig und nicht überraschend, aber kommunale Warnungen wurden von Bund und Länder zu lange als Schwarzmalerei abgetan. Mit der Kostenexplosion hat man die Kommunen gleichwohl allein im Regen stehengelassen.

Bund und Länder müssen endlich ihrer Verantwortung gerecht werden und die Städte und Gemeinden entlasten. Gut vorstellbar ist beispielsweise, dass Bund, Länder und Kommunen die anfallenden Kosten zu je einem Drittel tragen. So würde auch sichergestellt werden, dass alle Ebenen effizient arbeiten und an einer Gesamtkostenreduzierung interessiert sind.

Detaillierte Daten sind dem Statistischen Bericht „Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts beim nicht-öffentlichen Bereich“ zu entnehmen, der abrufbar ist unter <https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finanzen/Schulden-Finanzvermoegen/Publikationen/publikationen-innen-statistischer-bericht-schulden.html>.

(Quellen: Pressemitteilung Destatis Nr. 024 vom 21.01.2026, DStGB-Aktuell 0426 v. 23.01.20026)

jl-ds